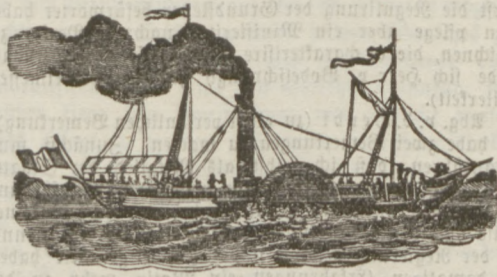


Danziger Dampfboot.

N^o. 51.

Mittwoch, den 1. März.



1865.

36ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen wir uns außerhalb an:

In Berlin: Reitemeyer's Centr.-Bzgs. u. Annonc.-Bureau.
In Leipzig: Allen & Fort. H. Engler's Annonc.-Bureau.
In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau.
In Hamburg, Frankfurt a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Diesige auch pro Monat 10 Sgr.

DANZIGER DAMPFBOOT.

Das Abonnement pro März beträgt hier wie auswärts 10 Sgr. Auswärtige wollen den Betrag direct an unsere Expedition fr. einsenden.

Telegraphische Depeschen.

München, Dienstag 28. Februar.

Die heutige „Bayerische Zeitung“ demotirt die Nachricht, die Cabinete von Dresden und München hätten dem Erbprinzen von Augustenburg den Rath erteilt, an die europäischen Mächte zu appelliren, und fügt hinzu, daß zwischen der bayerischen Regierung und dem Erbprinzen von Augustenburg oder dessen Rathgebern seit der im Herbst vorigen Jahres erfolgten Abreise des Augustenburgischen Bevollmächtigten v. Stockhausen weder irgendwelche Verbindung bestanden habe, noch augenblicklich bestehe.

Wien, Dienstag 28. Februar.

Die heutige „Presse“ sagt, daß in Finanzkreisen verlautet, das Ministerium werde in der Donnerstags-Sitzung des Finanzausschusses die erwarteten Mittheilungen machen. Die von der Regierung zugeständene Abstrichsumme soll über 18 Millionen betragen. Die detaillirten Reductionen innerhalb der einzelnen Ressorts wurden allerdings nicht mitgetheilt.

Die „N. fr. Presse“ giebt heute den Inhalt der Preussischen Depesche vom 21. d. M. In derselben werden die Preussischen Forderungen an die Elb-Herzogthümer zur Sicherstellung der Interessen Preußens und Deutschlands, sowie die Zielpunkte der Preussischen Politik dargelegt. Finden dieselben die Anerkennung Oesterreichs, so sei Preußen bereit einen Modus zu vereinbaren, wonach zu Constituirung der Elb-Herzogthümer auf monarchischer Grundlage geschritten werden soll. Wenn die Frage über die Dynastie, welche dort herrschen soll, in Angriff genommen wird, so würden dem Deutschen Bunde nur Rechte auf Holstein, nicht zugleich auf Schleswig zustehen. Preußen fordert die Territorialhoheit über Rendsburg, Kiel, Eckernförde, sowie auf dem Ufer des Nord-Ostsee-Canals, ferner das Recht, in den Herzogthümern Matrosen-Aushebungen vorzunehmen, sowie die unbefchränkte Verfügung über die Schleswig-Holsteinischen Truppen im Falle eines Krieges und die Stellung derselben unter den Befehl Preußens im Frieden, ferner die Zoll-, Post- und Telegraphen-Verwaltung, sowie die Vortheile von dem Nord-Ostsee-Canal, und endlich den Eintritt der Herzogthümer in den Zollverein.

In der gestrigen Conferenz zwischen den Bevollmächtigten Oesterreichs und des Zollvereins wurden die Verhandlungen über die gegenseitigen Concessionen in Betreff des Tarifs beendet und die Paraphirung des Vertrages steht nunmehr definitiv bevor.

Die militärische Wochenschrift „Der Kamerad“ meldet: Dem Vernehmen nach wird um die Mitte des Monats Juni d. J. bei Bruck an der Leitha ein Uebungslager von 50.000 Mann bezogen werden. Als Kommandanten desselben nennt man den Erzherzog Albrecht.

Die heutige „Abendpost“ schreibt bezüglich des Artikels der gestrigen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über eine in der letzten Nummer des „Mémorial diplomatique“ erschienene Erklärung des Redakteurs Debranz de Caldapenna: „Wir wissen nicht, aus welchen Mittheilungen des „Mémorial diploma-

tique“ die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ eine gegen die preussische Regierung gerichtete Einflußnahme des Fürsten Metternich auf dieses Wochenblatt herleiten zu können glaubt, da doch gerade in der letzten Nummer desselben Blattes der Redakteur ausdrücklich bezeugt, daß Fürst Metternich, weit entfernt, die Angriffe des „Mémorial diplomatique“ gegen Preußen zu billigen, ihn vielmehr wiederholt und angelegentlich um Mäßigung seiner Sprache ersucht habe. Wie dem auch sei, wir sind in der Lage, aus bester Quelle zu versichern, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sich vollständig im Irrthum befindet, wenn sie annimmt, daß Fürst Metternich in irgend einer Richtung einen von seiner Regierung abweichenden Weg gehe. Oesterreichs Interessen werden von ihm allseitig mit eben so viel Einsicht als pflichttreuem Eifer vertreten und für die Andeutung, mit welcher der telegraphische Auszug des besprochenen Artikels der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ schließt, wird die preussische Regierung gewiß eben so wenig geneigt sein einzustehen, als Fürst Metternich die Verantwortung für die Auslassungen des „Mémorial diplomatique“ zu übernehmen gewillt ist.“

Kopenhagen, 28. Februar.

In der heutigen Sitzung des Reichsraths-Folkething's begann heute die dritte Lesung des Grundgesetzentwurfs. Der in der zweiten Verathung angenommene Antrag der Opposition, welcher dem Reichstage die alleinige Kompetenz zur Erledigung der Verfassungs-Angelegenheit zuspricht, wurde unverändert angenommen, nachdem die Regierungsvorlage mit großer Majorität verworfen war. Die Sache geht demnach an das Landsting zurück.

Paris, Dienstag 28. Februar.

Der „Moniteur“ demotirt formell die Gerüchte, wonach der neueste aus Mexico eingegangene Dampfer schlechte Nachrichten gebracht haben soll; desgleichen die andern Gerüchte, daß die nicht politischen Journale stempelspflichtig werden sollen.

London, Montag 28. Februar.

In der letzten Sitzung des Unterhauses richtete Verney an den Unterstaatssecretair Layard die Frage: Können Sie über den Stand der Schleswig-Holsteinischen Frage Auskunft geben und ist die in continentalen Blättern oft erwähnte Depesche Lord Russells vom 27. Januar authentisch? Layard erwiderte, daß von hier keine derartige oder auch nur im Entferntesten ähnliche Depesche geschrieben oder abgeschickt worden sei.

Der diesseitige außerordentliche Gesandte bei den Vereinigten Staaten Lord Lyons resignirt aus Gesundheitsrückichten auf seine diplomatische Stellung und soll durch den bisherigen Englischen Gesandten in China, Sir Bruce, in Washington ersetzt werden. Die Englische Regierung erkennt Lincoln als Präsidenten der Amerikanischen Union wie bisher an.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 27. Februar.

Der Präsident Grabow macht zunächst geschäftliche Mittheilungen, von welchen wir die Entschuldigung eines Mitgliedes des Hauses wegen seines heutigen Nichterschinsens in Folge einer im Abgeordnetenbause erlittenen Erkältung hervorheben. (Unter anderen Umständen ist bekanntlich auch ein sehr empfindlicher Zug im Sitzungssaal zu beklagen.)

Aus Gortbus ist eine von sämmtlichen Wahlmännern vollzogene Zustimmungsadresse dem Präsidenten zugegangen.

Es wird nun zum ersten Gegenstande der Tagesordnung übergegangen: Bericht der Justiz-Commission über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Landesordnung der gefürsteten Grafschaft Henneberg vom 1. Januar 1539, nebst der Verordnung des Herzogs Moriz Wilhelm vom 12. Juni 1704 und der Henneberger Vormundschafts-Ordnung vom 28. April 1801.

Am Ministertische hat sich der Justizminister und ein Regierungs-Commissar eingefunden.

Der Commissions-Antrag, welcher auf Zustimmung zu dem Gesetzentwurf, mit einer unwesentlichen Abänderung, gerichtet ist, wird ohne Discussion vom Hause einstimmig angenommen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der erste Bericht der Commission für Justizwesen über Petitionen.

Der pensionirte Bahnwärter Heinrich Köstlerke zu Nitrowo bei Pöln. Crone hat gegen den Altstifer Andreas Wichmann zu Colonie Marimilianowo bei Bromberg wegen Meineides denuncirt. Von der Staatsanwaltschaft, der Oberstaatsanwaltschaft und dem Justizministerium zurückgewiesen, hat er an das Haus der Abgeordneten die Bitte gerichtet: die Einleitung der Untersuchung und die Vernehmung der von ihm benannten Zeugen zu veranlassen.

Die Commission trägt darauf an, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. John (Cabaia) will Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Meibauer befürwortet den Antrag der Commission, da bei der absonderlichen Stellung der Staatsanwaltschaft im preussischen Staate es sich empfehle, in zweifelhaften Fällen das Recht des Einzelnen gegen dieselbe nach Möglichkeit zu vertreten. Die Angelegenheit sei gewiß eine sehr unangenehme, widerliche, allein das Haus dürfe auch in solchen Fällen seine Hilfe nicht versagen. Man wolle ja nicht den Staatsanwalt direct angewiesen sehen, die Untersuchung einzuleiten, sondern nur, die thatsächlichen Feststellungen herbeizuführen, zu welchen der Petent verschiedene Zeugen namhaft gemacht habe. Ob diese Erhebungen dann den Thatbestand des Verbrechens ergäben, wäre später ein Gegenstand der Prüfung für die Behörde.

Abg. Gabn spricht sich gegen den Commissions-Antrag aus, desgleichen Abg. Gneist, welcher auf die bekannte Thatsache hinweist, daß namentlich unter der ländlichen Bevölkerung es eine sehr beliebte Manier sei, gegen den Gegner im Prozesse, der einen Eid geschworen und in Folge dessen den Prozeß gewonnen habe, wegen Meineides zu denunciren. Man solle diesen Mißbrauch nicht unterstützen. Der vorliegende Fall liege nicht so, daß gegen das Verfahren der Staatsanwaltschaft ein gegründetes Bedenken entstehen könnte.

Der Justizminister spricht sich gegen den Commissions-Antrag aus, hält das Verfahren für ganz correct und ist der Ansicht, daß es sich hier gar nicht um Privatrechte handle.

Dieser letzten Ausführung tritt der Abg. Lent entgegen, indem er darauf hinweist, daß die Abwendung der privatrechtlichen Folgen des geleisteten Eides eben nicht anders, als durch die resp. nach der Feststellung des Meineides im Wege des Criminalprocesses bewirkt werden kann. Im Uebrigen spricht sich der Redner gleichfalls für den Uebergang zur Tagesordnung aus.

Auch der Abg. Simson schließt sich dem an. Er bedauert, als Vorsitzender der Justiz-Commission bei der Verabreichung über diese Petition nicht anwesend gewesen zu sein, sonst würde der nur mit 7 gegen 6 Stimmen gefaßte Beschluß der Commission anders ausgefallen sein. Er warnt davor, das Gewicht der Meinung des Hauses für die Einleitung einer solchen Anlage ohne Noth einzusetzen. Gewiß sei es zu beklagen, daß die Privatklage von dem Einschreiten des öffentlichen Anklägers abhängig sei, allein wenn diesem Uebelstande dadurch abgeholfen werden sollte, daß die Volksvertretung in einzelnen zu ihrer Cognition gebrachten Fällen, wo für die Richtigkeit der Denunciation nichts vorliege, als die Angabe des Denuncianten selbst, die Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anlage dränge, dann möchten doch die Mediziner schlimmer als das Uebel selbst wirken.

Abg. Riefenstahl (Referent) verteidigt den Commissions-Antrag.

Darauf wird zur Abstimmung geschritten, und mit

einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität der Uebergang zur Tagesordnung beschloffen.

Das Haus geht über zu den Petitionen des Vorberamtes der Kaufmannschaft zu Königsberg, des Vorberamtes zu Memel, der Aeltesten der Kaufmannschaft zu Elbing, der Handelskammern zu Breslau und Bielefeld und des Eigentümers Nowak, darauf gerichtet, die Abschaffung der gesetzlichen Zinsbeschränkungen abermals bei der Staatsregierung in Anregung zu bringen.

Die Commission trägt darauf an, die Petitionen der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Abg. v. Gottberg erhält das Wort gegen den Commissions-Antrag. Derselbe beklagt die Ueberlastung der Grundbesitzer mit Steuern, nachdem die Grund- und Gebäudesteuer eingeführt worden, eine Klage, welche Heiterkeit erregt. Der durch Steuern gebrückte Grundbesitzer würde, wenn die Aufhebung der Wuchergesetze ihm das Geld vertheuere, in die höchste Bedrängniß kommen. Man solle demselben durch die Schaffung vieler kleiner Credit-Institute zu Hilfe kommen, das allein könne heilsam sein. Der Redner trägt auf den Uebergang zur Tagesordnung an.

Abg. v. Hennig: Er wisse nicht, zu was die Grundsteuer in die Verhandlung gezogen sei; er wolle nur dem Vorredner entgegnen, daß nicht die Fortschrittspartei zuerst auf die Grundsteuer hin gedrängt habe, sondern Hr. v. Manteuffel, bekanntermaßen kein Fortschrittsmann. (Heiterkeit.) Der Redner bespricht eingehend die Stellung der Grundbesitzer zu der Frage der Zinsbeschränkung, thut dar, daß die Wuchergesetze ihren Zweck in keiner Weise erfüllen, und begegnet der Behauptung, daß die Aufhebung derselben den Landwirthen nachtheilig werden könne; im Gegentheil, die Aufrechterhaltung dieser Gesetze benachtheilige ihn.

Abg. Wachsmuth: Es handle sich hier um eine durch Erfahrung und Wissenschaft schon ausgetragene Sache. Die Beibehaltung der Zinsbeschränkungen beruhe nur auf jener kleinen Partei, die durch das Ministerium die Geschicke unseres Vaterlandes leite. Die officiöse Presse und die amtlichen Organe hätten vielfach aus der Grundsteuer Capital gegen die Fortschrittspartei gemacht, sie hätten aber vergessen, daß der große Grundbesitz gleichzeitig mit 10 Millionen Thalern besenkt worden sei.

Abg. Osterrath beantragt, da voraussichtlich die Regierung doch nicht jetzt auf die Sache eingehen würde, den Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Lette bemerkt, daß die Wuchergesetzgebung sich zu keiner Zeit als nützlich erwiesen, daß es im wirtschaftlichen wie im staatlichen Interesse dringend geboten wäre, so bald wie möglich und zwar zur positiven Wohlfahrt für den Grundbesitz, die Wuchergesetze aufzuheben.

Abg. Wagener (Neustettin): Die Wohlthat für den Grundbesitz durch Aufhebung der Wuchergesetze sei denn doch sehr fraglich. Im Jahre 1857, wo man die Gesetze für kurze Zeit aufgehoben, habe man traurige Erfahrungen gemacht. Redner und seine Freunde halten den gegenwärtigen Zustand auch für keinen vollkommenen, die plötzliche Aufhebung aber für schädlich. Man möge sich an dem vorsichtigen Engländer ein Vorbild nehmen, die ganz allmählig vorgegangen und zuletzt die Beschränkungen für den Grundbesitz aufgehoben hätten. Man möge zunächst die Desiderate des Hypothekar-Credits befriedigen und dazu sei man auf dem besten Wege, dann seien die Zinsbeschränkungen überflüssig geworden, dann sei es Zeit, sie aufzuheben, bis dahin seien sie unentbehrlich. In den jetzigen Petitionen habe man nur mit alten Sachen zu thun. Man möchte daher sich vergebens danach umsehen, das Material der Regierung zur Entscheidung der Frage zu erweitern und die Tagesordnung annehmen.

Abg. v. Saenger: Die Durchführung der Grund- und Gebäudesteuer sei in der Zeit gelungen, in welcher Redner und seine Freunde die liberale Majorität im Hause gebildet. Sie wären sich und mit Genugthuung der vollen Verantwortlichkeit bewußt. Zur Sache müsse Redner bemerken, daß im Jahre 1857 keine guten Hypotheken gefunden worden. Jetzt könnte man getrost den Schritt der Aufhebung der Zinsbeschränkungen ohne Nachtheil für den Grundbesitz wagen, freilich seien die Bemühungen, dem letzteren Stützen zu verschaffen, nur zu loben, sie würden dazu beitragen, die Aufhebung der Wuchergesetze zu erleichtern.

Abg. Freiherr v. Hoverbeck erklärt sich nach einigen Bemerkungen gegen Wagener für die Commission. Ebenso der Abgeordnete Lette.

Abg. Graf v. Wartensleben: In drei Jahren, wie schon gesagt, würde auch die Rechte der Aufhebung der Zinsbeschränkungen beitragen können, wenn erst die Geldcirculation überhaupt frei sein würde, wenn z. B. die Bankbeschränkung aufgehoben sei. Dann würde sich das Geld allenthalben hinziehen können, während man jetzt bloß auf große Märkte und hauptsächlich auf Berlin angewiesen sei. Im Interesse des kleinen Grundbesitzers, der jetzt die erforderlichen Geldinstitute noch nicht habe, befürworte er Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Graf Schömerin: Ich gehöre zu den größeren Grundbesitzern der Provinz Pommern und wie ich hinzufügen muß, leider zu denen, die ein großes Creditbedürfnis haben. (Heiterkeit.) Nichtsdestoweniger glaube ich, daß die Aufhebung der Zinsbeschränkungen dem Grundbesitzer eine Wohlthat wäre und daß die Aufhebung von dem überwiegenden Theile der Grundbesitzer gewünscht werde. Wenn nun hier immer von der Urheberschaft der Grund- und Gebäudesteuer gesprochen wurde, so blide ich mit Herrn v. Saenger genugthuend darauf, daß dieselbe der liberalen und in specie der allliberalen Partei zu verdanken ist. Die Herren von der Fortschrittspartei haben allerdings mit den Conservativen dagegen gestimmt, allein dabei ist es ihnen gegangen wie so manchemal, wenn sie mit der extremen Partei zusammen gegangen sind, in den Conclusionen traf man zusammen, die Gründe waren verschieden; die Fortschrittspartei wolle die Entschädigung nicht, die Conservativen wollten die

Grundsteuer nicht (Heiterkeit), wir aber wollten die Grundsteuer-Regulirung mit der Entschädigung und damit sind wir heute noch zufrieden. Die Ausfälle, welche auf uns von rechts und links gemacht werden, tangiren uns dabei durchaus nicht, wir geben nach wie vor unseres Weges. Unseren persönlichen Credit gebrauchen wir in dem Maße, wie es unser Geschäftsbetrieb erheischt, der Hypotheken-Credit ist durch Aufhebung der Wuchergesetze in keiner Weise gefährdet, im Gegentheil, er wird dadurch gehoben werden.

Der Schluß der Debatte wird abermals beantragt und angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. v. Hennig (zu einer persönlichen Bemerkung): Abg. Osterrath habe ihm einen schweren Tributum vorgeworfen, weil nicht der frühere Minister Manteuffel, sondern Bodelschwingh, der auch jetzt wieder Minister, zuerst die Regulirung der Grundsteuer befürwortet habe. Man pflege aber ein Ministerium nach der Person zu bezeichnen, die es charakterisire, und eine solche Eigenschaft werde sich Herr v. Bodelschwingh gewiß nicht beimessen (Heiterkeit).

Abg. v. d. Heydt (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich habe zwei Bemerkungen zu machen. Zunächst muß ich anführen, daß ich selbst als Mitglied der Staatsregierung im Jahre 1857 für provisorische Aufhebung der Zinsbeschränkungen gewirkt habe, und daß in keiner Weise nachtheilige Wirkungen dieser Maßregel zur Kenntniß der Regierung gelangt sind. Im Gegentheil haben die damaligen Erfahrungen ein Motiv mehr zu der nachher vorgeschlagenen Aufhebung geliefert. So vielfache Vorwürfe man fernher auch gegen die Regulirung der Grundsteuer und die Urheber derselben erheben mag, so halte ich sie auch jetzt noch für eine durchaus segensreiche Maßregel.

Abg. Meibauer widerlegt als Referent zunächst einige Einwendungen, die gegen den Commissions-Antrag erhoben worden. Der Handelsstand stehe nicht so isolirt und von anderen Gewerbetreibenden losgelöst da, daß ihn die Beschränkungen dieser nicht tangiren sollten. Die landwirtschaftlichen Vereine hätten sich allerdings in ihrer Majorität gegen Aufhebung der Wuchergesetze ausgesprochen; allein diese seien nicht geeignete Sachverständige, weil sie sich mit anderen Berufsclassen weniger vermischten und deshalb leicht in ihren Vorurtheilen beharrten. Gerade um die Grundbesitzer auf ihre eigenen Füße zu stellen, darum empfehle er den Commissions-Antrag. Wie sehr die kleinen und großen Grundbesitzer der Aufhebung der Wuchergesetze bedürften, gehe daraus hervor, daß sie, trotz ihres Widerstrebens, aus Mangel an hinreichendem Credit in die Vorschuß-Vereine der Städte treten, um sich Capitalien zu 8 bis 10 pCt. zu verschaffen. Als die Wuchergesetze suspendirt gewesen seien, hätten die Gerichte allerdings die Capitalien, welche nur zu 4 pCt. untergebracht waren, gekündigt. Allein dies sei auf Anweisung des Justizministers geschehen. Als die Suspension aufgehoben gewesen, da seien die Gerichte vom Justizminister wieder veranlaßt worden, den Zinsfuß auf 4 pCt. zu ermäßigen. Die königliche Staatsregierung sei gewiß auch selbst von der Nothwendigkeit und Nützlichkeit der Aufhebung der Zinsbeschränkungen überzeugt, doch habe sie sich leider in die Lage verlegt, auf die partiellen Meinungen und Anschauungen einer kleinen Partei besondere Rücksicht zu nehmen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Hüner wird bei der Abstimmung der Antrag des Abg. Osterrath auf Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt (dafür die katholische und conservative Fraction), der Commissions-Antrag auf Ueberweisung der Petition an das Staatsministerium zur Berücksichtigung mit sehr großer Majorität angenommen.

Die Fortsetzung der Tagesordnung soll in der nächsten Sitzung, Freitag, 3. März, 10 Uhr, erfolgen. Schluß 4 Uhr.

Vor der Plenarsitzung hatte die verstärkte Handels-Commission mit der Berathung des Bankgesetzes begonnen.

Referent Prince-Smith vertheidigte ausführlich den von ihm gestellten principiellen Antrag, nur unter der Bedingung dem Regierungsentwurfe, welchem der politische Beigeschmack nicht abgehe, zuzustimmen, wenn die Noten-Emission contingent wird, so zwar, daß der Umlauf der ungedeckten Noten niemals um mehr als 60 Millionen Thaler den Baarvorrath übersteigen darf und daß die Normativbeschränkungen, zumal in Bezug auf Depositen so gemildert werden, daß es auch einer Privatbank möglich sei, zu concurriren.

Abg. Roepell gab eine Statistik über die Entwicklung des Verkehrs der preussischen Bank im Vergleich zu anderen Banken und trägt zunächst auf Ablehnung der Vorlage an, eventuell behält er sich Amendements zu den einzelnen Paragraphen der Vorlage vor.

Der Regierungs-Commissar Dechen führt aus, daß die Bank nur das allgemeine Interesse im Auge hat. Auf eine Beschränkung der Noten-Emission könne aber die Regierung nicht eingehen.

Hier wurde die General-Diskussion abgebrochen und auf morgen 10 Uhr vertagt.

Auch die Invaliden-Commission hielt heute Vormittag eine Sitzung.

Berlin, 28. Februar.

Die Bewohner der Elbufer, schreibt man dem „Magdb. Corr“, sind in diesem Jahre nicht ohne Sorge wegen des Eisganges und des möglichen Hochwassers. Ein großer Theil der Elbe ist in der Provinz Sachsen ganz ausgefroren; wo sie tief ist, hatte man vor einiger Zeit Untersuchungen angestellt und gefunden, daß das Eis über 4 Fuß tief ist. Man vermochte, als so tiefe Löcher hinein gearbeitet waren, nicht überall das Wasser fließen zu hören; an einigen Orten hörte man, wie die fließenden Eisschollen die Eisdecke berührten, an an-

bern Stellen fand man unter dem Eise kein Wasser mehr, sondern berührte das trockne Sandbett. Bei Tangermünde ist der Uebergang seit dem ersten Zufrieren vor Weihnachten nicht gehindert worden, da, wo sie im Anfang des Januars eisfrei wurde, ist sie längst wieder dick zugefroren. Man hat also wohl Ursache, sogenannte Eisstopfungen zu befürchten, und wo sich diese finden, werden bei Hochwasser leicht die Deiche überfluthet, beschädigt und durchgebrochen. Was irgend zum Schutz der Deiche gethan werden kann, wird von den betreffenden Deichbehörden gethan; möge das Unglück von uns fern bleiben.

London, 24. Febr. Gestern Abend hielten die Vertreter der Londoner Arbeiterclassen ein Meeting ab, um eine neue „Reform-Association“ zu gründen. Es wurden Reden gehalten und Beschlüßfassungen angenommen, dahin lautend, daß sowohl die Mitglieder des Ministeriums Palmerston, wie viele von den Liberalen im Hause der Gemeinen das Vertrauen der arbeitenden Classen verscherzt hätten, durch ihre Vernachlässigung der Reformsache und ihre Abneigung, eine Reformbill einzubringen. Schließlich wurde eine aus 21 Arbeitern bestehende Deputation ernannt, die mit den als Agitatoren bekannten Herren Beales und Jones über die Gründung einer neuen „Reform-Association“ in Berathung treten soll. — Wiederum sind zwei Veteranen aus dem alten französischen Kriege gestorben: Admiral Williams und General-Lieutenant Jones; Ersterer war 1804 in die Flotte, Letzterer 1805 in die Armee eingetreten.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 1. März.

[Stadtverordneten-Sitzung am 28. Febr.]

Vorsitzender: Herr Richard Damme; Vertreter des Magistrats: Herr Oberbürgermeister Geh.-Rath v. Winter; Herr Bürgermeister Dr. Ping und die Hrn. Stadträthe Strauß, Hahn u. Olschewski. Anwesend: 48 Mitglieder. Zu Mitredactoren des neuen Protokolls werden die Herren Glaubitz, Gibsone und Grabo ernannt. Mit dem Beginn der Tagesordnung macht der Herr Vorsitzende die Mittheilung, daß ein Schreiben von der Lehrer-Wittwe Frau Schulz eingegangen, in welchem sie den Dank für den ihr von der Stadt-Commune bewilligten Beitrag zum Zweck der Erziehung ihrer beiden jüngsten Kinder ausspricht. Hierauf wird folgendes Magistrats-Schreiben vorgelesen: Mit Bezug auf den Beschluß vom 18. October theilen der Stadt-Verordneten-Versammlung ganz ergebenst mit, daß nicht nur durch den Tod der Stadt-Räthe Mix I. und Dödenhoff zwei Vacanzen in unserem Collegio entstanden, sondern daß zu unserem großen Bedauern auch der Herr Stadt-Rath Mix II. uns angezeigt hat, daß er durch anderweite Geschäfte genöthigt sei, das Amt eines Stadt-Raths nieder zu legen. Unter diesen Umständen werden die Stadt-Verordneten ersucht, die Wahl dreier unbesoldeter Stadt-Räthe vorzunehmen zu wollen. — In Folge dieses Schreibens werden die Hrn. Jebens, Stattmüller, Bischoff, Biber und Breitenbach für die Vorbereitung der Wahl gewählt. Zu Mitgliedern des Ausschusses für Revision der Communal-Einkommensteuer werden die Herren: Prezell, Magko, Klose, Stoboy, Gibsone, Schirmacher, Güttner, Bischoff, Rosenstein, Behrend, Biber, Steffens, Stattmüller, Gamm, Kompeltin und Goldschmidt gewählt. Der Herr Vorsitzende theilt hierauf folgenden Bericht der wegen der Schlacht- und Wahl-Steuer niedergesetzten Commission mit:

- 1) daß die Aufhebung der Schlacht- und Wahlsteuer höchst wünschenswerth sei,
- 2) daß aber die Auflegung von directen Steuern im Betrage der jetzigen directen Steuern und den hinzutretende Ersatzsteuern für die Schlacht- und Wahl-Steuer mit Schwierigkeiten verknüpft sei, die sie zu übersehen zur Zeit außer Stande sei.

Herr Liebin bringt folgenden Antrag ein: Die Stadt-Verordneten erklären sich für Aufhebung der Schlacht- und Wahlsteuer, weil dieselbe sich 1) in ungerechter Weise vertheilt; 2) entsetzlich wirkt; und 3) die Stadt überlastet.

Von Herrn Biber wird folgender Antrag eingebracht: Die definitive Beschlüßfassung über die Deckung der durch Aufhebung der Schlacht- und Wahlsteuer entstehenden Ausfälle für die Commune bis dahin auszusetzen, daß der zur Revision der Communalsteuer heute eingesetzte Ausschuß seine Arbeiten beendet haben wird.

Indem Herr Liebin seinen Antrag motivirt, hebt er hervor, daß in den Städten unserer Provinz, wo die Schlacht- und Wahlsteuer nicht existire, pro

Kopf nur 1 Thlr. 6 Sgr. Klassensteuer gezahlt werde, und so Danzig wegen der Schlacht- und Mahlsteuer eigentlich 40,000 Thlr. Steuer zu viel bezahle.

Herr J. C. Krüger fragt, ob unter den Städten, welche die Schlacht- und Mahlsteuer abgeschafft, sich solche befinden, die so groß sind, wie Danzig. Herr Biber, der hierauf das Wort ergreift, sagt, es sei in der Commission ausgesprochen, daß die Schlacht- und Mahlsteuer verwerflich sei. Das sei festzuhalten. Man stelle oberflächliche Exempel auf, um zu beweisen, daß die directe Steuer zu hoch sein würde. — Alle Gründe, welche für die Beibehaltung der Schlacht- und Mahlsteuer angeführt würden, könne er, Redner, nicht anerkennen. Das Beschwerliche und Lästige derselben sei eine unläugbare Thatsache. Wie Müller und Schlächter durch diese Steuer molestirt würden, das streife oftmals an's Lächerliche. Man könne sich davon durch die eigene Anschauung überzeugen. Als einen wichtigen Grund für die Beibehaltung der Schlacht- und Mahlsteuer führe man an, daß es für die Commune sehr schwierig sei, einen Ersatz aufzubringen. Die Schwierigkeit solle nicht in Abrede gestellt werden. Wenn nun aber von Seiten des Staats die Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer in Angriff genommen werde: dann müsse die Commune ja doch Mittel und Wege finden, die Schwierigkeit zu überwinden. Besser sei es, daß sie jetzt aus freiem Willen dasjenige thue, was sie vielleicht über kurz oder lang gezwungen werde thun müssen. — Der Herr Oberbürgermeister hebt hierauf hervor, daß es sich in dem vorliegenden Falle nur um die Abgabe eines Gutachtens handle. Dabei müsse vor Allem der practische Standpunkt festgehalten und das Theoretische vermieden werden. Man müsse sich fragen, ob der Ersatz der Schlacht- und Mahlsteuer durch eine Klassensteuer practisch nützlich und überhaupt möglich sei. In dieser Beziehung habe schon Herr J. C. Krüger sehr Beachtenswerthes gesagt. Dazu könne man erwägen, daß jeder Fremde, der sich hier aufhält, durch seine Consumtion zur Schlacht- und Mahlsteuer beitrage. Die Schattenseiten der Schlacht- und Mahlsteuer seien nicht zu verkennen. Andererseits aber würde die Aufhebung derselben wesentliche Nachteile herbeiführen. Man könne mit Bestimmtheit erwarten, daß das zum Verkauf dargebotene Fleisch schlechter sein werde. Denn die Schlächtermeister würden durch die Abschaffung der in Rede stehenden Steuer ihrer Prämien für fettes und gutes Schlachtvieh verlustig gehen. In Hirschberg habe die Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer, wie aus Nachrichten von dort zu ersehen, nachtheilig gewirkt. Wenn man hier in Danzig diese Steuer aufheben wolle, so handle es sich vor allen Dingen um die Frage, auf welche Weise der Ersatz geschaffen werden solle. Eine große Commune könne ohne indirecte Steuer schwer bestehen. Mit der Gelegenheit zur Defraudation stehe es hier nicht so schlimm, wie man zu behaupten suche. Dieselbe würde durch die Festungswälle sehr abgeschwächt. Wer defraudiren wolle, der fände dazu auch übrigens Gelegenheit bei der Klassen- und Miethsteuer. Es käme vor, daß Miethkontrakte zum Zwecke der Defraudation simulirt würden. Die Controlle, welcher die Schlacht- und Mahlsteuerpflichtigen unterworfen seien, treffe auch andere Leute, wie z. B. die Spiritusbrenner. Es liege in der Controlle weder etwas Entehrendes, noch Deprimirendes. Herr Liebin, der hierauf das Wort ergreift, nimmt die von Herrn J. C. Krüger gestellte Frage auf. In hiesiger Provinz, sagt er, befände sich allerdings keine größere Stadt, welche die Schlacht- und Mahlsteuer durch die Klassensteuer ersetzt habe. Es sei dies bis jetzt überhaupt in keiner großen Stadt der Monarchie der Fall; aber in Erfurt habe sich die Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer als vortheilhaft erwiesen. Dort komme auf den Kopf von dem, was an Klassensteuer gezahlt werde, nur $\frac{2}{3}$ von dem was die Schlacht- und Mahlsteuer hier selbst pr. Kopf betrage (dort 26 Sgr., hier 40 Sgr. pr. Kopf). Die Schlacht- und Mahlsteuer in hiesiger Stadt betrage 200,000 Thlr.; die für diese Summe eintretende Klassensteuer würde 160,000 Thlr. betragen. Es entstehe also nur ein Ausfall von 40,000 Thlrn. Für die Aufbringung dieser Summe würde sich wohl ein Modus ohne zu große Schwierigkeiten finden lassen. Es sei der Einwand erhoben worden, man würde bei der Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer nicht mehr so gute Waaren und so gutes Fleisch bekommen, wie jetzt. Dieser Einwurf sei nicht stichhaltig. Die in Rede stehende Abschaffung würde vielmehr den Handel mit Lebensmitteln heben und beleben. Es sei ja bekannt, wie die Bäcker und Fleischer wenige Schritte von den Grängen des Rayons sich in der sichern Voraus-

setzung niederließen, um hier ihre guten Geschäfte zu machen und in ihren Erwartungen auch nicht getäuscht würden. Durch die Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer würde ein großes Uebel beseitigt werden. Die Stadtverordn. möchten sich für dieselbe aussprechen. Es sei, sagt Hr. J. C. Krüger, auch seine Meinung, daß Brod und Fleisch billiger werden würde, sobald die in Rede stehende Steuer falle. Dafür bürgte die ausreichende Concurrenz. Nichts destoweniger könne er für die Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer in Danzig stimmen. In seinem Gewerbe als Bäcker müsse er diese Aufhebung allerdings wünschen, aber der Platz, den er in diesem Augenblick einnehme, lege ihm Verpflichtungen auf, die es ihm nicht möglich machten, an die Erfüllung eines solchen Wunsches zu denken. Daß die Mahl- und Schlachtsteuer eine demoralisirende und eine den Verkehr hemmende sei, darüber liege kein Zweifel vor und brauche weiter nichts gesagt zu werden. Dagegen aber seien directe Steuern, welche heut unvermeidlich geworden, gleichfalls nicht ohne Schattenseiten. Man brauche, um dies zu beweisen, nur die Gewerbesteuer anzuführen. Man könne sich keine abnorme Besteuerung denken, als daß der Einzelne schon vorher besteuert werde, um in den Stand zu gelangen, seine Intelligenz und Thakraft für den Zweck seines Erwerbes in Bewegung zu setzen. Der Einzelne sei gezwungen, eine Steuer zu bezahlen, ohne zu wissen, ob er etwas verdienen werde. Falle die Schlacht- und Mahlsteuer, so müsse sie durch eine andere ersetzt werden. In Beziehung hierauf müsse in erster Linie in Betracht gezogen werden, daß Danzig ein Handelsplatz sei, wo wenig oder gar keine stabilen Capitalien zur Besteuerung kämen, sondern daß das durch den Erwerb erzielte, also unbestimmte Einkommen besteuert werden müßte. Man würde bei dieser directen Besteuerung demnach in denselben Fehler verfallen, wie bei der Gewerbesteuer. Denn es würde diese so gut wie jene eine directe Steuer sein. Die letzten Jahre hätten uns bewiesen, wie schwankend das Einkommen unserer Handelstreibenden sei. Denn was den Unternehmern den Impuls des ganzen Erwerbes gegeben, was sie in einigen Jahren gewonnen, sei auch in eben so kurzer Zeit verloren gegangen, und doch seien diese Steuerpflichtigen die einzigen Factlichen bei der directen Besteuerung. Danzig sei nicht in Parallele zu ziehen mit kleinen Landstädten. Wenn die Unternehmer großer Geschäfte gewönnen, wenn ihre Speculationen des Gelingens theilhaftig würden; so gewönnen alle Klassen unserer Bevölkerung. Die Unternehmer allein also, die am höchsten Besteuert werden müßten den Verlust tragen. Ferner dürfe man nicht außer Acht lassen, daß durch den Betrieb des Handelsgeschäfts hier eine große Masse von Arbeitern ein jährliches Einkommen von 3 bis 500 Thlrn. habe, also unter Umständen mehr als mancher Handwerksmann, der dem Mittelstande angehöre. Viele unter diesen großen Massen hätten nicht eine solche Stufe der Gessittung erreicht, daß es im Bereich der Möglichkeit liege, von ihnen directe Steuern einzuziehen. Trotzdem sei von ihnen durch indirecte Steuern unter jeder Bedingung das Nöthige zu erzielen. Diejenigen, welche am meisten an Brod u. Fleisch consumirten, seien auch Diejenigen, welche am meisten zur Steuerpflicht herangezogen werden müßten. Der Herr Redner sagt ferner, daß er sich nicht darum kümmern, wie der Staat seine Steuern einziehe; aber er müsse sich fragen, woher wolle die Commune die Einnahme, die sie gegenwärtig durch indirecte Steuern erziele, in Zukunft auf andere Weise bekommen. Darauf müsse geantwortet werden: „Auf keine andere Weise, als dadurch, daß Diejenigen, welche den Impuls zu dem Geschäftsleben in hiesiger Stadt geben, die Steuer erlegen müßten. Durch eine zu große Steuer könnten dieselben aber leicht erdrückt werden. Der Nachtheil würde höchst empfindlich auf die arbeitenden Klassen fallen. Sie würden ihn viel härter empfinden, als die Mahl- und Schlachtsteuer.“ (Schluß folgt.)

§§ In der heutigen General-Versammlung der Mitglieder der Corporation der Kaufmannschaft wurden sämmtliche in diesem Jahre ausscheidenden Herren Aeltesten auf 3 Jahre wiedergewählt, und zwar: die Herren Commerzienräthe Goldschmidt, v. Franzius, Albrecht und Consul Böhm. Als Stellvertreter wurde in Folge des im vorigen Jahre ausgeschiedenen Hrn. Comm.-Rath Paleste: Hr. Stadtrath Dan. Hirsch gewählt.

+ Bei Aufstellung des Flottenbegründungsplanes sollen auch die Chargen Maschinenlieutenants und Unterlieutenants bei unserer Marine nach dem Muster der österreichischen Marine eingeführt werden.

+ Die in Aussicht genommene Verlegung des Klawitterschen Docks von dem Werftterrain nach

einer andern den Betrieb und die Schifffahrt weniger behindernden Stelle ist von dem Königl. Marine-Ministerium des Kostenpunktes wegen aufgegeben.

— Dem Ober-Stabs- und Marine-Arzt erster Klasse Dr. Walbrach, sowie dem Marine-Assistenz-Arzt Dr. Hueth ist die Erlaubniß zur Anlegung des von dem Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen ihnen verliehenen Fürstlich Schwarzburgischen Ehrenkreuzs resp. 2. und 3. Klasse verliehen worden.

§§ Im Schaufenster der Kunsthandlung des Herrn Doubberk ist gegenwärtig eine von einem Marinier der „Arcona“ nach der Natur aufgenommene und in Aquarell ausgeführte Skizze der Stadt und des Schlosses Sondersburg, der Schiffbrücke über den Alsenner Sund und des Höhenzuges bei Düppel mit der berühmt gewordenen Windmühle zur Ansicht ausgestellt. Wie wir hören, soll das recht sauber ausgeführte Bild für einen mäßigen Preis verkauft werden und dürfte für alle diejenigen Militairs, welche dort im Kampfe gewesen sind, als Erinnerungsblatt geeignet sein.

† [Theatralisches.] Die gestrige Benefiz-Vorstellung des Fräulein Eißler war überaus zahlreich besucht. Die gefeierte Benefiziantin befand sich in einem wahren Blumenregen; außerdem wurde sie durch 4 Lorbeerkränze mit bedruckten Atlasbändern beehrt. Ein Bericht über die Vorstellung erfolgt in nächster Nummer.

+ Gestern verunglückte die hiesige Kaufmanns-Wittwe Johanna Löwinsohn in der Breitgasse, indem selbige von der Treppe glitt und einen Schädelbruch erlitt, welcher den Tod zur Folge hatte.

§§ Gestern Abend gleitete der Arbeiter Dirks von den Stufen einer Treppe in der Brodbänkegasse und brach sich dabei das Bein. Derselbe mußte in's Lazareth gebracht werden.

+ Es hat sich ein anscheinend toller Hund vor dem Olivaerthore gezeigt und andere Hunde gebissen.

§§ Heute Vormittag wurde ein Mädchen am Wege nach Stolzenberg von zwei Personen angefallen und gemißhandelt; doch später gelang es derselben, die Flucht zu ergreifen und Schutz zu finden.

— Im Monate Januar d. J. sind in Danzig 291 Geburten, 13 todtegeb., und 213 Sterbefälle vom Civil vorgekommen; also sind 91 mehr geboren.

— Vom 21. Decbr. 64 bis 20. Febr. 65 sind angekommen: 2396 Inländer, 229 Ausländer, 387 Handwerksgefallen. Abgegangen sind in demselben Zeitraum: 2314 Inländer, 197 Ausländer und 397 Handwerksgefallen.

Memel, 21. Febr. Dem Vorsteheramt der Kaufmannschaft zu Memel ist ein Restrikt des Oberpräsidenten zugegangen, worin ihm eröffnet wird, daß der preussische Consul Mellin in Libau seines Amtes enthoben und wegen anderweitiger Besetzung dieser Stelle das Erforderliche veranlaßt worden sei.

Nachrichten aus Posen und Polen.

Der „Dziennik Warszawski“ enthält in Bezug auf die jüngsten Vorgänge in Warschau folgende, jedenfalls aus amtlicher Quelle fließende Mittheilung: „Obwohl es noch immer unverbesserliche Leute giebt, welche sich im Schatten verborgen, die Hoffnung, Leichtgläubige auszubeuten und neues Unheil über das Land zu bringen, noch nicht aufgegeben haben, so können wir zu unserer Freude bestätigen, daß ihre unterirdischen Machinationen allgemein nur Abscheu und Mitleiden erwecken. Die Stimmen dieser Leute, die unter dem Deckmantel eines erlogenen Patriotismus nur vom schmutzigsten Egoismus getrieben wurden, finden heute keinen Anklang im Lande, und wenn es wegen ihrer fortgesetzten Wiegeleien noch nicht möglich war, den Kriegszustand, der ihre vorübergehende Gewalt vernichtete, aufzuheben, so war es wenigstens möglich, eine ziemlich bedeutende Anzahl mehr oder weniger compromittirter Personen, welche nach dem Innern des Kaiserreichs transportirt werden mußten, dem Schooße ihrer Familien zurückzugeben. Keiner derselben wird sich mit Grund beklagen können über die Aufnahme unter dem in den geheimen Pamphleten der Verschwörung so unwürdig verleumdeten Russischen Volke und ihr mehr als einjähriger Aufenthalt unter diesem Volke, das sie eben so Gelegenheit hatten, kennen zu lernen, wie die Hülfquellen und die Ausdehnung des Kaiserreichs, wird ihnen, wie man erwarten darf, zur heilsamen Lehre dienen. Bevor die Befestigung der öffentlichen Ruhe gestattet, einer größeren Anzahl von Deportirten die Thore des Königreichs zu öffnen, können wir dem weinerlichen Artikel der „Opinion Nationale“ gegenüber, der das Verlangen nach Amnestie ausspricht, versichern, daß diejenigen, welche dies Blatt die „Masse

der Kämpfer" nennt, und die wir treffender die „Masse der Ausreißer“ nennen, ohne Furcht vor den Kriegs-Gerichten in das Land zurückkehren dürfen. Nur die Führer, welche so viele Einfältige und Leichtgläubige irre geführt haben, nur diejenigen, welche zur Organisation der Hänge-Gend'armen, Dolchmänner und Giftmischer gehörten, benutzen nicht und können nicht benutzen die Erleichterung der Rückkehr, die seit mehreren Monaten der im Auslande vor Hunger sterbenden Emigration gewährt wird. Diejenigen, welche nur gegen den Monarchen gehetzt haben, dürfen ins Land zurückkehren, und wenn sie das elende Vagabundenleben im Auslande vorziehen, so haben sie sich lediglich selbst die Schuld der Leiden beizumessen, die sie erdulden. In keinem Falle kann die Verantwortlichkeit dafür auf die Regierung fallen.“ — In dem Dorfe Boska, im Gouvernement Grodno, wurde Mitte d. M. der Bürger Johann Swientorzecki aus Tykoczn, der zu einer Bande Hänge-Gend'armen gehört und mehrere politische Mordmorde verübt hatte, kriegsrechtlich gehängt.

Kirchliche Nachrichten vom 20. bis 27. Februar.

St. Marien. Getauft: Kaufmann Wessel Tochter Martha Elisabeth.

Aufgeboren: Herr Aug. Reinhold Julius Stupch mit Zsfr. Albertine Paichke.

Gestorben: Verwitw. Baumeister Malwine Kossowski geb. Wahl, 47 J., 1 M., 5 T., Carcinoma. Schuhmachermeister Carl Jul. Reich, 47 J., 6 M., 3 T., Lungen-Entzündung. Kaufmann Heinrich Aug. Ferdin. Groß, 62 J., 4 M., 6 T., Lungentuberculose. Metallgießer Gohmann Tochter Maria Louise, 22 J., 5 M., 24 T., Lungen-Entzündung. Verwitw. Kantor Anna Renate Wilde geb. Schulz, 78 J., 1 M., 16 T., Lungentuberculose u. Altersschwäche.

St. Johann. Getauft: Glasermeister Mathias Sohn Paul Friedrich. Fleischermeister Hoyer Tochter Florent. Gertrud Elisabeth. Schneidermeister Müllmann Tochter Johanna Elise Mathilde. Loofse Ratshke Tochter Anna Franziska.

Gestorben: Schiffszimmerer. Vierter Sohn Theodor Albert, 1 M., 11 T., unbest. Krankheit. Hrn. Pofanski todtgeb. Sohn. Schuhmachermeister Lehmann Tochter Adelheid Maria, 3 J., 3 M., 20 T., unbest. Krankheit.

St. Catharinen. Getauft: Barbier Fehlauser Sohn Eugen George Gottlob. Invalide Straßinski Sohn Paul William.

Gestorben: Müllermeister Hirschfelder Sohn Gustav Carl, 2 J., 6 M., Speckhals. Schiffszimmerer. Götter Sohn Rudolph Bernhard, 1 J., 7 M.

St. Trinitatis. Getauft: Büchsenmacher Mathesius Tochter Maria Malwine Elise.

Aufgeboren: Fleischermeister Aug. Eduard Bartels mit Zsfr. Adele Renate Supprossine Eggert. Fleischermeister Friedr. Adolph Czarpowski mit Emilie Franziska Bornowski.

Gestorben: Frau Geschäfts-Agent Elise. Ruprecht geb. Koch, 65 J., 4 M., Gehirnleiden. Landreiter Kubnert Sohn Friedr. August, 6 J., 4 M., Gehirn-Entzündung.

St. Bartholomäi. Aufgeboren: Malermeister Michael Erdmann Geste mit Zsfr. Charl. Josephine Ebert.

Gestorben: Schiffszimmerer. Vierter Tochter Johanna Emilie, 2 J., Zahndurchbruch. Schuhmachermeister Frau Amalie Klotz geb. Buchholz, 50 J., Typhus. Korbmesser Karl Knitter, 58 J., Lungenentzündung.

St. Elisabeth. Getauft: Unteroffizier Friese Tochter Johanna Therese Meta. Sergeant Liebeherr Sohn Friedrich Wilhelm Richard.

Aufgeboren: Reservist Gottlieb Aug. Wiedenbaupt mit Wilhelmine Sophie Krüger a. Rauben b. Strassburg. Gfretter Carl Schiller mit Anna Pehke.

Gestorben: Sergeant Marquardt Tochter Antonie Bertha Therese, 6 M., 14 T., Lungen-Catarrh. Zahlmeister Liebke Sohn Hermann Wilhelm Fritz, 8 J., 2 M., Gehirn-Entzündung. Grenadier Joh. Zielinski, 23 J., Hirnschädel-Spaltung.

Meteorologische Beobachtungen.

27	4	332,65	+ 1,8	WSW. flau, bewölkt.
28	8	334,28	+ 0,6	W. flau, trübes, regn. Wetter.
	12	334,76	+ 0,6	Nördl. flau, starker Nebel.
	4	334,66	+ 0,7	Nördl. flau, did. mit Nebel.
	8	332,75	+ 0,1	SSD. flau, bewölkt.
	12	333,67	+ 1,9	SD. frisch, G. theilweise bew.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 28. Februar.

Weizen, 50 Last, 135 pfd. fl. 430; 130 pfd. fl. 375, 380, 385, 390; 127 pfd. fl. 365; 126, 27 pfd. fl. 350, Alles pr. 85 pfd.

Roggen, 122 pfd. fl. 217½; 126 pfd. fl. 225; 127, 28 pfd. fl. 229½; 130 pfd. fl. 237 pr. 81½ pfd.

An der Börse am 1. März wurden umgeleert: Weizen, 50 Last, 132, 33 pfd. fl. 405, 415; 130 pfd. fl. 390, 402½; 129, 30 pfd. fl. 387½; 127, 28 pfd. fl. 370; 125, 26 pfd. fl. 366 pr. 85 pfd.

Roggen, 126 pfd. fl. 225; 126, 27 pfd. fl. 226½; 127 pfd. fl. 228; 130 pfd. fl. 237 pr. 81½ pfd.

Große Gerste, 119 pfd. fl. 210.

Bahnpreise zu Danzig am 1. März.

Weizen 120-130 pfd. bunt 52-62½ Sgr.
120-132 pfd hellb. 54-68 Sgr. pr. 85 pfd. 3. G.
Roggen 120-131 pfd. 35/35½-40 Sgr. pr. 81½ pfd. 3. G.
Erbilen weiße Koch. 47-50 Sgr. } pr. 90 pfd. 3. G.
do. Futter. 42-46 Sgr. }
Gerste kleine 106-116 pfd. 27-33 Sgr.
große 112-120 pfd. 31-34/35 Sgr.
Hafer 70-80 pfd. 22-25/26 Sgr.
Spiritus 13-13½ Tbr.

[Eingefandt.]

Nach den Theater-Anzeigen kommt am Donnerstag zum Benefiz für Frau Woisch „Orpheus in der Unterwelt“ zur Aufführung.

Wir wünschen von ganzem Herzen, daß das Publikum zum Beweis der Anerkennung für die jahrelange, fleißige Wirksamkeit dieser Künstlerin an der hiesigen Bühne, sich durch recht zahlreichen Besuch bei dieser Vorstellung betheiligen möge.

Die Wahl, welche die Benefiziantin getroffen, ist jedenfalls eine sehr glückliche zu nennen, da diese Burleske Oper hier stets sehr gern gesehen war und eine Aufführung derselben in dieser Saison gewiß jedem Theaterfreunde willkommen erscheint.

Unus pro multis.

Stadt-Theater zu Danzig.

Donnerstag, den 2. März. (Abonnement suspendu.)

Benefiz für Frau Woisch.
Orpheus in der Unterwelt.

Burleske Oper in 4 Tableaux von Hector Cremieux. Musik von Offenbach.

Freitag, den 3. März. (5. Abonnement No. 20.)

Gastspiel des Herrn Gerstel,
vom Kaiserlichen Hoftheater zu St. Petersburg.

Der alte Magister.

Schauspiel in 4 Acten von R. Benedix.

Hierauf: **Nummer 777.**

Pöffe in 1 Act von Lebrun.

Reisland . . . } Herr Gerstel.
Pfeffer . . . }

Hiermit beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, dass ich mit heutigem Tage das von mir unter der Firma

C. W. Meye Wwe.

geführte Geschäft an die Herren Koenig & Nicklas übergeben habe.

Indem ich für das mir geschenkte Vertrauen bestens danke, bitte ich, dasselbe auch meinen Herren Nachfolgern zu Theil werden zu lassen.

C. W. Meye.

Unter höflicher Bezugnahme auf Vorstehendes erlauben wir uns die ergebene Anzeige, dass wir das seit 35 Jahren am hiesigen Platze bestehende

Colonial- und Eisenwaaren-Geschäft

des Herrn C. W. Meye mit heutigem Tage käuflich übernommen haben und dasselbe unter der Firma

Koenig & Nicklas

fortführen werden.

Hinreichende Mittel setzen uns in den Stand, den Anforderungen der Jetztzeit in jeder Beziehung zu genügen.

Indem wir ein geehrtes Publicum bitten, unser Unternehmen gütigst zu unterstützen, versichern wir, bei reeller Waare, die prompteste Bedienung.

Dirschau, 1. März 1865.

Koenig & Nicklas.

MEDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES SCIENCES INDUSTRIELLES DE PARIS

Keine grauen Haare mehr!
Melanogene

von Dacquemare aus in Rouen
Fabrik in Rouen, rue St-Nicolas, 39.

Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nuancen, ohne Gefahr für die Haut zu färben. — Dieses Farbmittel ist das Beste aller bisher da gewesenen.

En-gros-Niederlage bei
Fr. Wolf und Sohn Hoflief. in Carlsruhe.

Stelle-Gesuch.

Ein junger, tüchtiger, im Elementar-Schulamt erfahrener Mann, welcher die besten Zeugnisse besitzt und mit Segen als Lehrer gewirkt hat, sucht zum 1. April cr. oder späterhin gegen solides Honorar in der Provinz Preußen oder Posen eine Hauslehrer-Stelle. Reflectirende mögen sich gütigst beim Herrn Rector Rehbein in Rummelsburg melden.

Kölner Dombau-Loose sind noch zu haben bei Edwin Groening.

Gestern Abend 9 Uhr entschlief sanft nach schwerem Leiden unsere innigst geliebte Frau, Tochter und Schwester **Mathilde Knuht**, geb. **Tubenthal**, in ihrem 37sten Lebensjahre. Sie folgte unserm sieben Tage alten Söhnchen **Otto Friedrich Wilhelm** sechs Tage später. Neudorf, den 28. Februar 1865.

Die Hinterbliebenen.
Adolph Knuht.
Auguste Tubenthal, geb. **Schaper.**
Adalbert
Rudolph } **Tubenthal.**
Robert }

Nur allein wahrhaft ächt zu haben die durch Chemiker und Doctoren der Medicin vielfach erprobte und bewährte, alsdann in Metz (Frankreich), Hamburg, Posen und der Schweiz prämiirte
Lairitz'sche Waldwoll-Gichtwatte
von 3 Sgr. ab,

die den Gicht- und rheumatischen Schmerz aller kranken Glieder nicht allein sofort beruhigt, sondern heilt; ferner Waldwoll-Öel, Spiritus, Seife, Liqueur, Bonbon etc., **Waldwolle zum Polstern**, die alles **Ungezieser fern hält, so wie sämmtliche nicht einlaufende Unterkleider von Waldwolle**, als: **Jacken, Hosen, Damenspencer, Strümpfe, Strickgarn, Brust-, Rücken-, Knie- und Armbärmer, Waldwoll-Tricotin, Körper und Flanelle** nach der Elle etc. empfiehlt ganz ergebenst

A. W. Jantzen in Danzig, Bade-Anstalt, Vorst. Graben 34 und J. Stelter in Pr. Stargardt.

Zur Vermeidung von Täuschungen: **Die Waldwoll-Gichtwatte hat durchweg eine reine Naturfarbe u. ist deshalb von voller gleichmäßiger Wirkung und Heilkraft**, daher leicht, von etwa vorkommender, mit farbenähnlicher Substanz bestrichener, gewöhnlicher Baumwollwatte zu unterscheiden.

Zeugnisse.

Durch das Tragen der aus Waldwolle gefertigten Unterzeuge, sind wir von unsern gicht- und rheumatischen Anfällen gänzlich befreit worden. Wir fühlen uns verpflichtet, der Lairitz'schen Fabrik, die solche der Gesundheit zuträglich Erzeugnisse aus Waldwolle verfertigt, hiermit öffentlich unsern Dank auszusprechen und können jedem Leidenden den Gebrauch dieser Unterzeuge aus voller Ueberzeugung empfehlen.

Salzweil, den 25. November 1862.
L. Zippel, Bädermeister. **F. Krüger**, Grefutor.
F. Näder, Bädermeister. **L. Schulze**, Particulier.
F. Nowald, Instrumentenmacher.

Daß die mir eingefandten Waldwollzeug-Proben nach mehreren damit angestellten Prüfungen solche Bestandtheile enthalten, die nach ärztlichen Erfahrungen sich äußerlich vortheilhaft erregend auf die Thätigkeit des Hautnerven-Systems erwiesen haben, besagt der Wahrheit gemäß
Dr. Willibald Artus,
Professor an der Universität zu Jena.

Die Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft

versichert zu billigen und festen Prämien Gebäude, Mobilien und Waaren aller Art, sowohl in der Stadt als auf dem Lande.

Der unterzeichnete, zur sofortigen Vollziehung der Policen ermächtigte Haupt-Agent, sowie der Special-Agent Herr **E. A. Kleefeldt**, Brodbänken-gasse No. 41., Herr **Herm. Gronau**, Altstädtischen Graben No. 69 und Herr **M. Löwenstein**, Langgasse No. 39., ertheilen bereitwilligst jede zu wünschende Auskunft und nehmen Versicherungs-Anträge gern entgegen.
Carl M. Zimmermann,
Haupt-Agent,
Hundegasse No. 46.

Da ich mich als **Uniform-Mützenmacher** etablirt habe, und ich 6½ Jahre bei Herrn Treder im Geschäft gewesen bin, so soll auch mein Bestreben sein, sämmtliches Militair und Beamte in derselben Weise mit guten Mützen zu befriedigen.
Herrmann Schulz,
Tischergasse Nr. 15.